



Neue Nidwaldner Zeitung
6371 Stans
041/ 618 62 70
www.nidwaldnerzeitung.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 7'746
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 037.021
Abo-Nr.: 1094819
Seite: 25
Fläche: 6'695 mm²

Regierung lehnt Opferbeiträge ab

OBWALDEN red. Das «Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981» ist ein indirekter Gegenvorschlag des Bundesrats zur Volksinitiative «Wiedergutmachung für Verdingkinder und Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen», die im Dezember 2014 eingereicht worden ist. Diese fordert die Schaffung eines mit 500 Millionen Franken dotierten «Härtefallfonds» für unmittelbar oder schwer betroffene Personen. Zentral ist die Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern in der Schweiz vor 1981 zugefügt worden ist.

Der Obwaldner Regierungsrat begrüsst dieses Vorgehen. Nicht einverstanden ist er hingegen mit dem Solidaritätsbeitrag, der durch den Bund und die Kantone finanziert werden soll. Dies schreibt er in einer Mitteilung auf der Kantonswebsite. «Mit einer pauschalen Abgeltung kann keine Wiedergutmachung für das erlittene Unrecht bewirkt werden», hält der Regierungsrat fest. Für betroffene Personen sei zudem bereits im vergangenen Jahr unter finanzieller Beteiligung der Kantone ein Soforthilfefonds eingerichtet worden.